



Regierungen der Kantone

Basel-Stadt und Basel-Landschaft

**Podiumsveranstaltung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft in Bern
am 7. Juni 2005**

Life Sciences als Zukunftsbranche der Schweiz – Der Beitrag der Region Basel

Referat Dr. Ralph Lewin, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt

**Life Sciences sind für die Schweiz eine Zukunftsbranche mit grossem Potenzial.
Die wichtige Rolle des Staates in den Bereichen Bildung, Grundlagenforschung
und Wissenstransfer**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Damen und Herren

Nachdem wir nun gehört haben, dass die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz sehr stark mit den Life Sciences verbunden ist und das Interesse an dieser Branche nicht nur ein kantonales, sondern vor allem ein nationales sein muss, werde ich Ihnen nun im Folgenden unsere Einschätzung zum Handlungsbedarf erläutern.

Im Mittelpunkt steht also die Frage, wie die Schweiz ein überdurchschnittlich attraktiver und im internationalen Vergleich wettbewerbsfähiger Life Sciences-Standort bleiben kann.

Der Fokus meiner Vorredner lag auf dem Standortfaktor Bildung und Grundlagenforschung. Daher möchte ich in einem ersten Teil meiner Ausführungen den Handlungsbedarf in diesem Aufgabenfeld aus unserer Sicht skizzieren. Im zweiten Teil werde ich den Bogen etwas weiter spannen und kurz auf andere, ebenfalls bedeutsame Elemente eines attraktiven Standorts zu sprechen kommen.

Bildung ist nicht nur die Grundlage für qualifizierte und hochwertige Arbeit im allgemeinen und auf allen Stufen, sie ist auch die Basis für unser weitaus wichtigstes Exportgut, ich nenne es ganz abstrakt: „Wissen“. Wissen in Form von Patentrechten und daraus resultierenden Produkten, in Form von Prozesstechnik oder in Form von Beratungen unterschiedlichster Art. Nur auf der Grundlage einer breiten und guten Bildung und mit einer hervorragenden Grundlagenforschung wird die Schweiz als kleine exportorientierte Volkswirtschaft nachhaltig Wohlfahrt, Wachstum und einen funktionierenden sozialen Ausgleich garantieren.

Entgegen einer landläufig oft gehörten Annahme ist der Anteil für Bildung an den gesamten Staatsausgaben auf Bundes- und Kantonsebene seit 1980 konstant geblieben, dazwischen sogar teilweise 1.5 Prozentpunkte gesunken (1980=19.27%, 2002=19.21%, 1999=17.84%). Dass dieser langfristig strategische Ausgabenbereich sich so zurückhaltend entwickelt, mag zwar angesichts beispielsweise stark steigender Sozialkosten nicht unbedingt zu verwundern. Dennoch müssen wir uns für anstehende Entscheide bewusst machen: Bildung stellt zusammen mit der hochwertigen

Grundlagenforschung heute einen zentralen Standortfaktor dar, der für Entscheidungen wissensbasierter Branchen wie die Life Sciences ausschlaggebend sein kann. Der Nationalrat hat dies zumindest teilweise erkannt und erfreulicherweise letzte Woche im Ausgabenbereich Hochschulen des Entlastungspakets die Kürzungen reduziert – Kürzungen bleiben es bedauerlicherweise jedoch trotzdem.

Die beiden Basel werden die Mittel für die Universität voraussichtlich um 26 Millionen Franken erhöhen und diese Institution zukünftig auf eine partnerschaftliche Basis stellen. Zudem haben die Kantone innert kürzester Frist 20 Millionen Franken als Anschlag für das gemeinsame Forschungszentrum der Universitäten Basel, Zürich und der ETH, das sich mit Biosystemen befassen wird, bereit gestellt. Die Arbeiten sind inzwischen soweit fortgeschritten, dass das Institut Ende dieses Jahres operativ sein wird. Alle beteiligten Hochschulen, die kantonalen Universitäten wie die ETH können diese Erwartungen an den regionalen wie nationalen Wirtschaftsstandort nur erfüllen, wenn sie mit genügend Mitteln ausgestattet werden. Neben der Budgeterhöhung, die durch unsere Kantone geplant ist, müssen auch die Grundbeiträge des Bunds an unsere Universität steigen. Das Budget der ETH Zürich muss so ausgestaltet werden, dass die bis 2007 laufende Übergangsförderung des Basler Forschungszentrums ab 2008 - dem Beginn der neuen Botschaft des Bundesrats über die Forschung und Technologie - dauerhaft gesichert ist. Dies umfasst ein Finanzierungsvolumen von rund 40 Millionen Franken jährlich, welche dem ETH-Bereich zusätzlich zur Verfügung stehen müssen. Wir erwarten eine entsprechende Prioritätensetzung zugunsten der Hochschulbildung und Forschung in den Planungen des Bundesrats wie auch der Eidgenössischen Räte.

Im Fachhochschulbereich wollen die vier Kantone AG, BL/BS und SO ihre Fachhochschulen aller Fachbereiche zur Fachhochschule Nordwestschweiz fusionieren. Bis Mai haben alle vier Kantonsparlamente dem betreffenden Staatsvertrag zugestimmt. Im Herbst werden den Parlamenten Leistungsauftrag und Globalbeitrag vorgelegt, sodass die FHNW im Januar 2006 starten kann. Es entsteht eine Fachhochschule mit sieben Fachbereichen von Pädagogik bis Technik, rund 6'000 Studierenden und einem Jahresbudget von Fr. 320 Mio.

Das Zusammenfügen des gesamten Potentials der Nordwestschweiz erlaubt es, die Fachhochschule in neuer Dimension weiterzuentwickeln. Kernstück der Entwicklung ist der Aufbau des neuen Fachbereichs „Chemie und Life Sciences“. Die jetzigen Planungsgrößen gehen von einem Budgetvolumen von Fr. 30 Mio. jährlich für diesen Fachbereich aus. Ein Grossteil dieser Mittel wird vollkommen neu und „unbeschwert“ von bisherigen Entwicklungen für die Ausbildung und angewandte Forschung in den Life Sciences verwendet. Bereits in der Konzeption ist die Zusammenarbeit mit der abnehmenden Industrie wie mit der Universität und der ETH ausgesprochen eng. Neben der Grundlagenforschung der Universität wird somit die Pharma-Branche – insbesondere auch ihre Kleinen und Mittleren Betriebe – über die anwendungsorientierte Forschung und die Dienstleistungen der FHNW verfügen. Von Bundesseite ist die Gründung der FHNW mit grossem Wohlwollen begleitet worden. Für die Restrukturierung der einzelnen Schulen zur konsequent fusionierten Fachhochschule rechnen wir nach ersten ermutigenden Gesprächen mit dem BBT mit einer substantiellen Unterstützung. Der entsprechende Antrag wird im Rahmen der laufenden Ausschreibung von der Projektleitung vorbereitet. Die bisherigen Peer Reviews und Anerkennungsverfahren für die Studiengänge der FHNW sind gesamthaft positiv verlaufen. Für den Beginn der neuen Ausbildungsgänge Life Sciences bereits im Herbst 2006 werden wir

auf eine flexible Bewilligungspraxis und unterstützende Begleitung der Bundesbehörden angewiesen sein.

Wenn wir nun nicht einfach eine Staatsquoten- und nachfolgend eine Steuererhöhung riskieren wollen, geht es in der zukünftigen Diskussion um Prioritäten.

Insbesondere Vergleiche mit konkurrierenden Standorten zeigen, dass diese dort klar in Richtung Hochschulen und Bildung gesetzt wurden. Wenn die Schweiz nicht ebenfalls mitzieht und die nötigen Mittel in die Hände nimmt, werden wir einen möglicherweise derzeit noch bestehenden Vorteil in Bälde verloren haben.

Weitere Aufmerksamkeit verdienen nicht nur die Investitionen, sondern auch die Strukturen in der Schweizer Bildungspolitik. Die Bundesverwaltung bereitet derzeit die Botschaft 2008 bis 2011 über Bildung, Forschung und Technologie vor. Neben der Finanzierung gilt es, in dieser Periode auch die Neugestaltung des nationalen Hochschulraums sicherzustellen. Stichworte sind: Revision des Hochschulgesetzes, Erneuerung des Konkordates unter den Kantonen oder die Delegation von Bundes- sowie Kantonskompetenzen an einen neuen Hochschulträgerrat. Ein neuer Verfassungsartikel steht ebenfalls zur Diskussion. Die neuen Strukturen sollen wesentliche Fragen des Hochschulwesens lösen, die nationale Koordination erfordern, etwa die internationale Anerkennung der Abschlüsse, Standards für die Finanzierung des Hochschulwesens, Angebotskonzentrationen, Restrukturierung der Hochschulmedizin, um nur die wichtigsten Projekte zu nennen.

Koordination auf verschiedensten Ebenen ist demnach das zentrale Anliegen der Reform. Eine enge Zusammenarbeit und Federführung des Staatsekretariat für Bildung und Forschung und des BBT ist eine Voraussetzung hierfür. Möglicherweise ergibt sich nun durch den Führungswechsel im BBT die Möglichkeit, die Zuständigkeiten in einer Hand zu vereinen. Wir würden dies im Sinne der Sache sehr begrüßen.

Eine gute Bildungs- und Forschungspolitik erachten wir grundsätzlich als die nachhaltigste Form von Standortförderung für die Schweiz. Gleichzeitig müssen wir aber auch optimale Voraussetzungen schaffen, um das generierte Wissen in die Wirtschaft zu transferieren. Natürlich geschieht dies in erster Linie über Köpfe, das heisst junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden von den Unternehmen angestellt. Wissenstransfer kann aber auch über die Entstehung von Spin-off-Unternehmen aus den Hochschulen und über die Verstärkung der Zusammenarbeit bestehender Unternehmen mit den Hochschulen umgesetzt werden. Gerade in diesen letzten beiden Bereichen sehen wir einen dringenden Aufholbedarf.

Einerseits zeigen erste Resultate, dass die Risikokapitalgesetzgebung in der geltenden Fassung nicht die gewünschte Dynamik erzeugt. Andererseits steckt aber auch der professionell betreute Wissenstransfer – insbesondere zu bestehenden KMU in der Schweiz – noch in den Kinderschuhen. In diesen beiden Bereichen erhoffen wir uns vom Bund ein beherzteres Vorgehen, nicht zuletzt deshalb, weil durch solche kleine und mittelgrosse Unternehmen direkte, dringend gewünschte Wachstumsimpulse zu erwarten sind.

Nach der vertieften Auseinandersetzung mit dem Kernthema des heutigen Abends möchte ich nun aber auch noch rasch auf den Übertitel der Veranstaltung zurück kommen: Life Sciences als Zukunftsbranche der Schweiz – Der Beitrag der Region Basel. Dieser Beitrag geht natürlich weit über unsere Universität und die Fachhochschule hinaus. Er besteht beispielsweise darin, dass Basel ausgezeichnete infrastrukturelle Voraussetzungen aufweist, beziehungsweise geschaffen hat. Gerade im Verkehrsbereich müssen wir allerdings eine doppelte Rolle übernehmen. So ist nicht nur sicherzustellen, dass wir einen europäischen Luftverkehrshub anbieten, der den

Branchenvertretern optimale Verbindungen in Europa und natürlich auch nach Übersee gewährleistet. Nein, in unserer Region übernehmen wir als Tor zur Schweiz auch einen grossen Anteil an Aufgaben des Güterverkehrs für die gesamte Schweiz. Nicht ganz zufällig stehen 17% der knappen Fläche des Kantons Basel-Stadt im Dienste des Verkehrs. Ein Grossteil davon dient insbesondere dem Güterverkehr. Die Gewährleistung eines attraktiven Nebeneinanders von Forschungs- und Entwicklungstätigkeit und Wohnen einerseits und einem mit starken und unterschiedlichen Immissionen verbundenen Güterverkehr andererseits, ist eine äusserst anspruchsvolle Aufgabe.

Wir sind bei der Bewältigung dieser Herausforderungen auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden angewiesen. Anstehende Themen sind beispielsweise ein ausreichender Schallschutz bei der bestehenden und der geplanten Eisenbahnbrücke oder die Sicherung der Luftverkehrsanbindung der Region Basel durch eine Stärkung des EuroAirports, der trotz seines Namens (übrigens!) ebenfalls ein Landesflughafen der Schweiz ist.

Neben der schwierigen Situation, welche die Belastung durch den Güterverkehr mit sich bringt, müssen wir auch beim Personenverkehr dringend zu sinnvollen Lösungen kommen, damit der Standort seine Attraktivität halten kann. Dabei kommt der vom Bundesrat geplanten Unterstützung des Agglomerationsverkehrs eine besondere Rolle zu. Sie muss zeitgemässen Ansprüchen einer stadtgerechten Mobilität in den Agglomerationen genügen.

Wir müssen aber nicht nur verkehrspolitische, sondern auch arbeitsmarktliche Voraussetzungen bieten können, damit sich eine international verflochtene Branche hier wohl fühlen kann. Die Bilateralen Verträge, insbesondere die Personenfreizügigkeit, spielen hierbei eine zentrale Rolle. Nachdem die flankierenden Massnahmen zu greifen beginnen, ist erneut die Personenfreizügigkeit an sich gefährdet. Es ist deshalb von grösster Bedeutung, dass die im Herbst zur Abstimmung gelangende Vorlage breit, kohärent und ohne Vorbehalte unterstützt wird.

Damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen und möchte mit dem Versuch schliessen, das Gesagte auf den Punkt zu bringen:

Die Schweizerische Wirtschaft braucht die Life Sciences. Deren Standorte (und die Faktoren, die ihre Qualität ausmachen,) zu vernachlässigen, hiesse am Ast (zu) sägen, auf dem wir alle sitzen. Dem Faktor Bildung und Grundlagenforschung kommt in der Entwicklung hin zur Wissensgesellschaft Schweiz eine Schlüsselrolle zu. Auch wenn die Region Basel als starke Wirtschaftsregion wahrgenommen wird, hat sie dringliche Bedürfnisse. Wir können die nötige Standortqualität nicht aus eigener Kraft gewährleisten, wir sind auf die Mithilfe des Bundes angewiesen, um auch in Zukunft *unseren Beitrag für die Schweiz* leisten zu können.

Deshalb danke ich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.